medien & krieg

Spezial der Tageszeitung *junge Welt*
Mittwoch, 27. August 2014, Nr. 198

Die Tageszeitung junge Welt

Wie gehabt – die gegenwärtige Propagandaoffensive gegen Rußland knüpft nahtlos an die Methoden des Kalten Krieges an Seite 2

Über die Schwierigkeiten unseres Korrespondenten, journalistisch verläßliche Informationen über die Ukraine-Krise zu bekommen Seite 4

Auch in Nahost tobt ein Propandakrieg: Israels Medien sind voll auf Staatslinie, Al-Dschasira wird von Katar gelenkt Seite 6

Welche Möglichkeiten hat eine einsame Vertreterin der Linkspartei im *ZDF*-Fernsehrat? Gespräch mit Gesine Lötzsch Seite 7

#freeAndrew #освободитеАндрея

Andrej Stenin arbeitet an den Hot Spots, in Donezk, Slowjansk, Mariupol und vielen anderen Städten, in denen die ukrainische Armee und Volksmilizen kämpfen. Seine Bilder zeigen, was es heißt, wenn Kiews Truppen die Bevölkerung ihres Landes mit Artilleriegranaten attackieren. Da sind verängstigte Kinder und verzweifelte Alte, die in ihren Kellern Schutz vor den Bomben suchen. Da sind Kämpfer, die mit Entsetzen auf das Trümmerfeld der abgestürzten Boing 777 blicken. Und junge Soldaten in ihren Panzern auf dem Weg ins Gefecht mit den eigenen Landsleuten. Andrej Stenin liefert Reportagen von beiden Seiten der Front; er dokumentiert Leid und Elend, gibt dem Krieg eine Gesicht. Seit 5. August fehlt von dem russischen Fotografen der Agentur *Rossiya Segodnya* jede Spur.

Schnell wird klar, der junge Mann ist nicht einfach »verschwunden«. Er ist wohl verschleppt worden. Zunächst teilt die Kiewer Führung mit, Andrej Stenin befinde sich in den Händen des ukrainischen Geheimdienstes SBU. »Er ist von unseren Sicherheitsdiensten verhaftet worden«, sagt Anton Geraschtschenko, Berater des ukrainischen Innenministers Arsen Awakow, laut *RIA Nowosti* (12. August) dem lettischen Radiosender *Baltkom*. Ihm werde »Unterstützung und Verherrlichung der Terroristen« vorgeworfen. Stenin habe einen verletzten ukrainischen Soldaten fotografiert. Auf weiteren Bildern sei zu sehen, daß der Gefangene tot sei. Noch am selben Tag machte Geraschtschenko einen Rückzieher und behauptete, falsch verstanden worden zu sein. Die russische Agentur *RIA Nowosti* meldet schließlich unter Berufung auf eine »informierte Quelle«, der Fotograf sei vom SBU in die Stadt Saporoschje verschleppt worden sei. Der ukrainische Geheimdienst bestreitet dies.

Das russische Außenministerium arbeitet mit Hochdruck daran, das Schicksal des seit drei Wochen verschwundenen Jouranlisten zu klären. Kiew blockt ab, vom Westen gibt es in der Sache keine Unterstützung. Dabei ist doch eigentlich klar: Das Verschwindenlassen von Journalisten kann unter keinen Umständen akzeptiert werden.

Bis Redaktionsschluß dieser Beilage war nicht klar, wo sich Andrej Stenin befindet und wie es ihm geht. Seine russischen Kollegen haben inzwischen eine internationale Kampagne zu seiner Freilassung gestartet. Russische Prominente, Journalisten, Fotografen und Blogger posten über Twitter mit den Hashtags #освободитеАндрея und #freeAndrew Bilder von sich und zugeklebten Kameras. *junge Welt* macht auf die Solidaritätskampagne aufmerksam. Die *jW*-Beilage »medien & krieg« ist durchgehend mit Fotos des russischen Kollegen illustriert.

AP PHOTO/ITAR-TASS, MIKHAIL POCHUYEV, HO

Der russische Fotoreporter Andrej Stenin – hier ein Archivfoto von *ITAR TASS*, das ihn bei der Arbeit in der syrischen Hauptstadt Damaskus zeigt – ist seit dem 5. August »verschollen«. Aus Solidarität mit ihrem Kollegen haben alle Bildkorrespondenten von *Rossiya Segondya* ihre Kameras zugeklebt, sich so fotografieren lassen und die Bilder in sozialen Netzwerken veröffentlicht (siehe Seite 8)

Freiheit für Andrej Stenin

Internationale Kampagne fordert Freilassung des russischen Fotoreporters. Er soll sich in den Händen des ukrainischen Geheimdienstes befinden. Kiew blockt ab. **Von Rüdiger Göbel**

Vertraute Methoden

In ihrer Berichterstattung über die Ukraine-Krise greifen deutsche Medien tief in den Musterkoffer des Kalten Krieges. **Von Peter Wolter**

Propaganda macht immer nur die Gegenseite« – diese Aussage läßt sich zur Zeit täglich in der Berichterstattung über den Ukraine-Konflikt finden: Die NATO-Staaten und die Ukraine auf der einen und Rußland auf der anderen Seite überziehen sich gegenseitig mit diesem Vorwurf.

Der gegenwärtige Propagandakrieg kommt uns vertraut vor: Wie in den schlimmsten Zeiten des kalten Krieges keilt der Westen mit wüsten Unterstellungen gegen das angeblich annexionslüsterne Moskau aus. Dort scheint man allerdings aus früheren Niederlagen im Medienkrieg gelernt zu haben: Die Staatsmedien informieren meist recht sachlich, wenn auch als »Sprachrohr« der Regierung.

Täuschung und Beeinflussung des Gegners, der eigenen oder der feindlichen Bevölkerung gehören seit Urzeiten zum Repertoire politischer und militärischer Strategen. Der katholischen Kirche kommt allerdings das Verdienst zu, diese Techniken auf den Begriff gebracht zu haben: 1622, im 30jährigen Krieg, gründete Papst Gregor XV im Zuge der Gegenreformation die »Congregatio de Propaganda Fide«. Sie sollte unter Heiden und Protestanten für den katholischen Glauben werben.

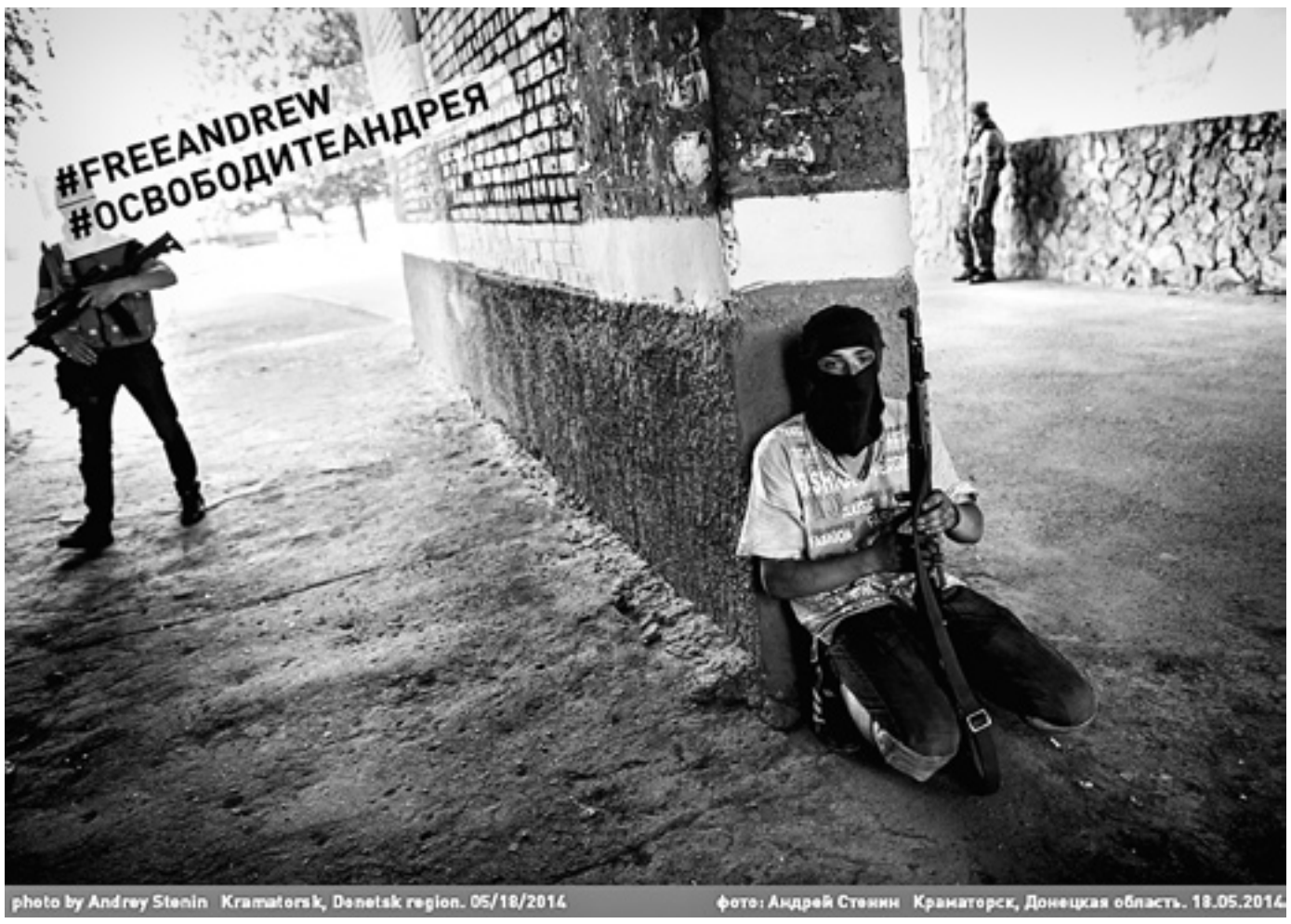


photo by Andrey Stenin Kramatorsk, Donetsk region. 05/18/2014 фото: Андрей Стенин Краматорск, Донецкая область. 18.05.2014

Sozialforschung als Grundlage

Seine Prägung im heutigen Sinne erfuhr der Begriff im Wesentlichen während des Ersten Weltkrieges. Um die mehrheitlich pazifistische US-Bevölkerung zum Kriegseintritt zu bewegen, gründete die britische Regierung das »Ministry of Information«. Zielgruppe waren Intellektuelle und andere Multiplikatoren in den USA. US-Präsident Woodrow Wilson flankierte die Bemühungen durch die Gründung eines »Committee on Public Information«. Es betrieb so erfolgreich antideutsche Propaganda, daß sich das Boston Symphony Orchestra außerstande sah, weiter Bach zu spielen. Die Strategie ging auf: Die pazifistischen US-Bürger wurden binnen weniger Monate kriegsbegeisterte Deutschenhasser.

Protagonisten dieser zunehmend sozialwissenschaftlich untermauerten Beeinflussung waren u. a. Edward Bernays und der Publizist Walter Lippmann, die der sich in den USA nach dem Kriege rasch entwickelnden PR-Industrie wichtige Impulse gaben. Das Ziel dieses »social engineering« wurde vom US-Kommunikationsforscher Lasswell 1933 so formuliert: »Wir sollten nicht dem demokratischen Dogmatismus verfallen, daß Menschen die besten Richter sind, es um ihre eigenen Interessen geht.« Da wir gute Humanisten seien, müßten wir – die inellektuelle Führungsschicht also – für die tumbe Mehrheit entschieden.

Es geht aber nicht nur um das »Lenken«, sondern auch um das »Ablenken«: Von den USA ausgehend und immer stärker auch von ihr beherrscht entwickelte sich die Unterhaltungsindustrie – die Fortschritte in der Film- und Rundfunktechnik gaben entscheidende Impulse. Hollywood bemächtigte sich des öffentlichen Bewußtseins, schöner Schein und billige Romantik absorbierten zunehmend das Denken vieler Menschen. Und die sind umso anfälliger dafür, je geringer ihre Schulbildung und je härter ihr Arbeitstag ist. Die Konzentration aufs Triviale war somit die folgerichtige Ergänzung der Lasswellschen Forderung.

Gelehrige Faschisten

Die Kriegspropaganda der britischen Regierung war im Ersten Weltkrieg sehr wirkungsvoll. Nicht nur der deutsche Generalstab, auch die Nazis schöpften aus diesen Erfahrungen. Wir wissen heute, wie sie ihre Propaganda perfektionierten, wie sie die neuen Medien nutzten. Sie setzten auch US-Werbeagenturen ein. Komplettiert wurde die Meinungssteuerung durch offenen Terror: Mißliebige Bücher wurden verbrannt, Verlage verboten, Kritiker umgebracht.

So mancher derjenigen, die an der Nazipropaganda mitgewirkt hatten, ist aus der Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg in Erinnerung geblieben, jedoch als liberale Lichtgestalt wie der *Stern*-Gründer Henry Nannen. Der Verbindungsmann des Goebbels-Ministeriums zum Auswärtigen Amt brachte es gar zum Bundeskanzler: Kurt Georg Kiesinger (CDU). Verlage, Redaktionen und Korrespondentenbüros waren durchsetzt mit »alten Kämpfern« aus der Nazizeit – in ihrem Kommunistenhaß waren sie ideale Partner für die US-Strategie, den Einfluß der sozialistischen Staaten zurückzudrängen.

Uniformierte Spezialisten der psychologischen Kriegsführung leiteten die Neuformierung der Presselandschaft. In der US-Zone übernahm die »Abteilung für psychologische Kriegsführung« die Umstrukturierung des gesamten Mediensektors: Zeitungen, Agenturen, Rundfunksender, Büchereien, Buchhandlungen, Theater und Druckereien. Eine wichtige Rolle spielte der von der CIA gesteuerte »Kongreß für kulturelle Freiheit«, der seit den 50er Jahren in ganz Westeuropa mit Erfolg daran arbeitete, europäische Intellektuelle und Künstler zu »amerikanisieren« und gegen sozialistische Versuchungen immun zu machen.

Alle Register gezogen

Im Kalten Krieg wurden alle Register der Propagandakunst gezogen. Der Übergang zwischen »normaler« Berichterstattung und gezielter Propaganda wurde immer fließender. Während in der SBZ und späteren DDR gestandene Funktionäre der KPD, Intellektuelle aus dem antifaschistischen Widerstand und talentierter FDJ-Nachwuchs die Medien dominierten, waren es in den Westzonen bzw. der späteren BRD gewendete Altnazis und vom angloamerikanischen Modell bürgerlicher Demokratie beeinflußte Neu-Demokraten. Darüber hinaus entwickelte der Bundesnachrichtendienst (BND) eigene Kontakte, um die Medien zu beeinflussen.

Der Kalte Krieg war auch eine Propagandaschlacht: Nach und nach wurden entlang der DDR-Grenze TV-Sender aufgestellt, die bis weit nach Osten den westlichen »way of life« priesen. Hinzu kam der mit starken Sendern ausgestattete Deutschlandfunk (DLF), der den Auftrag hatte, sozial differenzierend in die DDR hineinzuwirken. Zielgruppen: Jugendliche, Kirche und Intellektuelle.

Ähnlich lautete der Auftrag für die Deutsche Welle, die weltweit in zig Sprachen die Außendarstellung der BRD übernahm. Beide Sender waren – ebenso wie das ZDF – Anstalten des Bundesrechts. Bundesregierung und die sie tragenden Parteien haben somit Zugriff nicht nur auf die Personalbesetzung, sondern mittelbar auch auf die Inhalte.

Die neu gegründete Bundeswehr schaltete sich – anknüpfend an die Propagandaerfahrungen aus dem Zweiten Weltkrieg – ebenfalls in den Psychokrieg ein. Es wurden spezielle Einheiten aufgestellt, darunter das Rundfunkbataillon Andernach. Es sendete bis in die 70er Jahre auf Mittelwelle vom Westerwald aus direkt in die DDR hinein. Anknüpfend an ihre eigene Weltkriegserfahrung und die ihrer Alliierten ließen die Psychokrieger der Bundeswehr bei Westwind sogar Ballons mit Millionen Flugblättern auf – die meisten landeten in der DDR auf freiem Feld.

Das vom CIA gesteuerte Ostbüro der SPD, eine Art parteieigener Geheimdienst, organisierte Sabotageakte in der DDR und gab tatsächliche, provozierte oder erfundene Ereignisse an die Westpresse weiter, die sie begierig ausschlachtete. Zuträger wurden nach ihrer Verhaftung durch DDR-Behörden gerne als verfolgte Sozialdemokraten dargestellt – was den Medien wiederum als neues Propagandathema diente.

Die DDR versuchte dagegenzuhalten – eher unbeholfen: Die Agitation war oft platt, das allzu häufige Parteikauderwelsch kam nicht an. Dem DLF setzte sie den im Westen wenig gehörten Deutschlandsender entgegen.

Ein Anlaß wird gebraucht

Propaganda sucht sich Anlässe – und die Geschichte des Imperialismus zeigt, daß er sich diese Anlässe notfalls schafft. Viele Knotenpunkte der Geschichte sind mit bewußten Provokationen verbunden, deren strategisch geplante Ausschlachtung bestimmte Zielgruppen zu einer Änderung ihrer Einstellung und ihres Verhaltens veranlaßte. Einige Beispiele: die angebliche Sprengung des US-Kreuzers »Maine« in der Bucht von Havanna war 1898 Anlaß für den Angriff der USA auf die damals noch spanische Kolonie Kuba; der Reichstagsbrand 1933 wurde von den Nazis selbst inszeniert; der von der SS inszenierte Überfall auf den Sender Gleiwitz lieferte den Vorwand für den Einmarsch der Wehrmacht nach Polen; der Tonkin-Zwischenfall gab dem US-Militär 1964 freie Hand beim Angriff gegen Nordvietnam; nichtexistierende Massenvernichtungswaffen waren 2003 der Vorwand für den Krieg gegen den Irak.

Diese Liste läßt sich fortsetzen – bis hin zum Abschuß der malaysischen Passagiermaschine über der Ukraine am 17. Juli. Der Verdacht läßt sich nicht von der Hand weisen, daß dieses Verbrechen Rußland in die Schuhe geschoben werden sollte, um die NATO zum Eingreifen in der Ukraine zu nötigen – die westlichen Medien haben mitgespielt.

ANZEIGE

Jason Webster ¡Guerra!

Jason Webster bezieht ein Haus in den Bergen nördlich von Valencia. Seine Nachbarin zeigt ihm eines Tages ein nahegelegenes Massengrab aus den Zeiten des Spanischen Bürgerkriegs. Websters Interesse ist geweckt und er beginnt zu recherchieren.

»... mit beachtlicher Kraft und Schönheit geschrieben.« Sunday Times

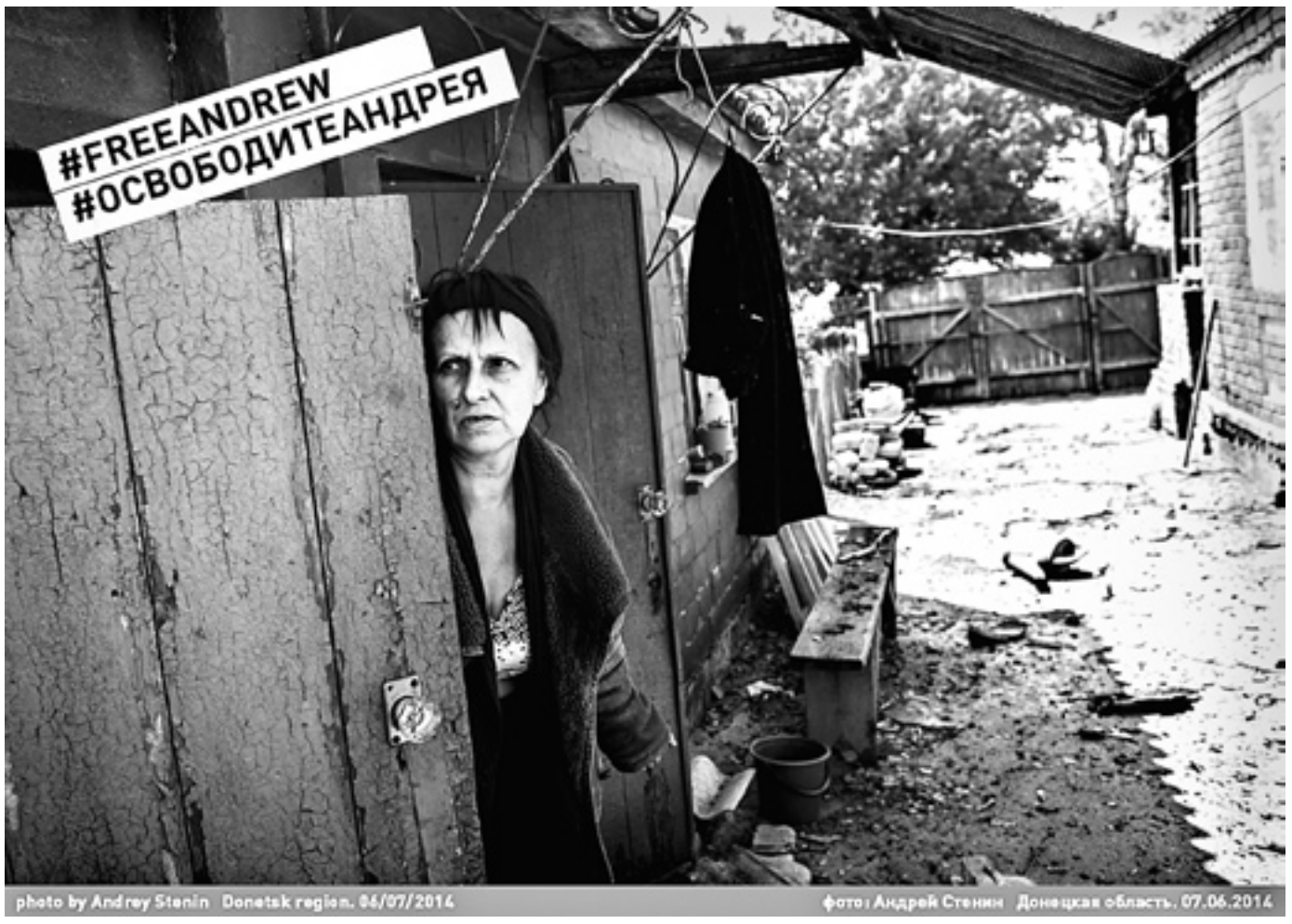
322 S., engl. Broschur, ISBN 978-3-941657-32-8; 16,90 €

CONTE *verlag*

Gezielte Manipulation

Die politische Propaganda des Westens folgt einigen Grundregeln – auch in der Berichterstattung über die Ukraine. **Von Peter Wolter**

Es gibt viele Untersuchungen über Geschichte, Wirkungsweise und Methoden der politischen Propadanda. Etliche Forscher – darunter der US-Linguist Noam Chomsky – haben Modelle aufgestellt, aus denen sich einige wesentliche Regeln wirkungsvoller Beeinflussung der Öffentlichkeit herausdestillieren lassen. (hier: nach Wolf Schneider, »Wörter machen Leute«). Dazu Beobachtungen zur Berichterstattung im Ukraine-Konflikt.



1. Volkstümlich und simpel sein – Differenzierungen vermeiden
Wirtschaftspolitische und historische Gründe des Konflikts werden dem Publikum meist vorenthalten. Ebenso ist es mit den strategischen Interessen der USA, die sogar eingestehen, daß sie seit Jahren Milliarden Dollar in die Unterwanderung der Ukraine investiert haben. Daß es letztlich um eine Erweiterung des US-Einflusses mit Blick auf die Rohstoffe Rußlands und eine militärische Einkreisung auch der VR China geht, wird so gut wie nie erwähnt.

2. Einige Grundbehauptungen aufstellen
Die Regierung in Kiew ist »demokratisch« gewählt; der Maidan-Aufstand war eine »Revolution« – dennoch ist alles beim Alten geblieben: Einige wenige Oligarchen haben die Macht. Eine dieser Grundbehauptungen ist mittlerweile zur Gewißheit an jedem Stammtisch geworden: Rußland mischt sich ein. Beweisebrauchen nicht erbracht zu werden.

3. Geeignete Schlagwörter wählen, Begriffe besetzen
Wer zu differenzieren oder gar den Standpunkt Rußlands zu verstehen versucht, wird umgehend als »Putinversteher« diffamiert . Die Aufständischen im Donbass sind »Separatisten«, »verdeckt operierendes Militär aus Rußland«, »Terroristen« oder gar »russische Faschisten«. Die bezahlten Randalierer vom Maidan hingegen werden als EU-, Demokratie- oder Europafreunde bezeichnet.

4. Reizworte und Schlagwörter ständig wiederholen
Begriffe wie in Regel 3 tauchen in fast jeder Nachrichtensendung auf. Auch Portale wie *Spiegel online*, *Focus online* etc. halten sich in der Regel daran. Wie wirkungsvoll und penetrant zugleich eine solche Einhämmerung ist, läßt sich an einem anderen Beispiel zeigen: Die Zerstörung des Word Trade Centers am 11. September 2001 wurde tausendfach im TV wiederholt.

5. Maßlos übertreiben bzw. untertreiben, irgendwann wird alles geglaubt
Bestes Beispiel ist die Berichterstattung über den Absturz des malaysischen Passagierflugzeuges. In der TV-Berichterstattung über die ersten Bergungsarbeiten wurden fast nur Szenen darstellen, die an der Absturzstelle eingesetzte Aufständische als Leichenfledderer zeigten. Wie in mehreren Fällen nachgewiesen, zeigen die vollständigen Filmsequenzen jedoch das Gegenteil: Erschütterte Männer, die fassungslos vor Leichen stehen. Gezielte Manipulation!

6. Die Grenze zwischen Wahrheit und Lüge verwischen
Daß Rußland oder die Aufständischen bei dem Absturz ihre Hand im Spiel hatten, ist mittlerweile jedem Stammtischdeutschen klar. Daß es aber selbst aus Geheimdienstkreisen der USA gegenteilige Darstellungen gibt, wird von bürgerlichen Medien verschwiegen.

Ein anderes Beispiel ist die Falschmeldung des *Spiegel*, der eine Mitteilung der Kiewer Regierung ernst nahm: Demnach waren russische Verbände in die Ukraine eingedrungen. Nichts davon stimmte.

Dasselbe Muster ist immer wieder zu erkennen: Die Kiewer Regierung stellt eine steile Behauptung auf, liefert aber keine Fakten als Beleg. Entgegen allen journalistischen Regeln wird die unüberprüfte Meldung von *Spiegel* & Co. als Tatsache dargestellt, das Dementi Rußlands wird verschwiegen oder ins Lächerliche gezogen, etwa so: Neuer Trick Putins!.

7. Reale Zusammenhänge vernebeln
Daß die Ukraine vor dem Zusammenbruch steht, wird zumeist verschwiegen. Das Land wäre ein Loch ohne Boden, sollte die EU finanziell einspringen. Es ist zwar jedem politischen Beobachter klar, daß hinter der Ukraine-Krise die Geopolitik der USA steckt – derartige Erörterungen findet man allerdings selten in den TV-Nachrichten.

8. Den Gegner mit allen Mitteln diffamieren, dämonisieren
Die Russen wollen sich andere Länder unter den Nagel reißen, sie halten sich an keine Abmachungen. Die Aufständischen sind brutale und meist besoffene Machos – von den Untaten der Faschisten hört man allerdings wenig. Rußlands Staatspräsident Wladimir Putin wurde gar als »der Irre aus dem Kreml« bezeichnet, der einen neuen Weltkrieg vorbereitet.

9. Auf das Gefühl zielen, Angst und Haß erzeugen – verbunden mit dem Gefühl der eigenen Überlegenheit.
»Welches Land ist als nächstes dran?« fragte eine deutsche Zeitschrift, nachdem die Krim der Russischen Föderation beigetreten war. Es finden sich auch viele Berichte über Befürchtungen in baltischen Staaten, sie könnten von den Russen überrannt werden. *Die Welt* schoß am 22. Juli den Vogel ab: »Rußland hat Ebola zur Waffe gemacht.«

10. Jeden diffamieren, der zu differenzieren versucht oder der Propaganda zu widersprechen.
Siehe »Putinversteher«.

Eine hilfreiche Übersicht darüber, wie sich viele westliche Medien in Sachen Ukraine der offiziellen Propaganda anschließen, findet sich auf dieser Internetseite: http://propagandaschau.wordpress.com/

ANZEIGE

BRIGITTE QUECK
DIE UKRAINE IN FOKUS DER NATO
Russiand - das eigentliche Ziel
320 Seiten • 12 € • ISBN 978 3 88975 231 4

ENRICO VIGNA
DIE KIRCHEN IM ORIENT UND DIE SYRISCHE REGIERUNG
160 Seiten • 10 € • ISBN 978 3 88975 230 7

STEFFAN VAHLQUIST
ICH ERSCHOSS PAULO COELHO
Roman
128 Seiten • 10 € • ISBN 978 3 88975 234 5

LILLIAN ROSENGARTEN
EIN BEWEGTES LEBEN
EIn jüdisches Schiff nach Gaza
164 Seiten • 12 € • ISBN 978 3 88976 233 8

ALBERT ETTINGER
FREIES TIBET?
Staat, Gesellschaft und Ideologie im real existierenden Lamaismus
272 Seiten • 19 € • ISBN 978 3 88975 232 1

Zambon Verlag · www.zambon.net · zambon@zambon.net · Tel 069 779223 · Fax 069 773054

Ungefähre Wahrheiten

Über die Schwierigkeit, die Fakten zu filtern: Aus dem Alltag der Berichterstattung über den ukrainischen Bürgerkrieg. **Von Reinhard Lauterbach**

Der *jW*-Korrespondent Reinhard Lauterbach ist Kenner der slawischen Völker und ihrer Sprachen, er arbeitet seit über 25 Jahren als Korrespondent für Osteuropa. Er lebt in Poznan.

Dienstag, der 19. August 2014. Am Morgen der erste Blick auf die Agenturen. Die ukrainische Seite meldet: Unsere Truppen sind in die Städte Ilowajsk und Jasinowataja zwischen Donezk und Gorlowka eingedrungen. Das Glas ist – bildlich gesprochen – halb voll. Am selben Vormittag berichtet ein den Aufständischen nahestehendes Portal unter Berufung auf den »Stab der Armee der Volksrepublik Donezk«: Versuche der Regierungstruppen, Jasinowataja und Ilowajsk einzunehmen. Das Glas ist halb leer. Wer also hat recht?

Gesichert scheint zu sein, daß in beiden Städten gekämpft wird. Nachdem noch vor einigen Tagen die ukrainische Nationalgarde am Stadtrand von Ilowajsk offenbar schwere Verluste hinnehmen mußte und die Aufständischen von heftigem Artilleriebeschuß auf Jasinowataja berichtet hatten, scheint der Vormarsch der Regierungstruppen in die Ortschaften tatsächlich stattgefunden zu haben. Das kann also gemeldet werden. In der Tendenz ergibt sich ein – wenn auch gebremster – Vormarsch der Regierungstruppen.

Schwieriger ist es mit den Angaben über Verluste. Kiew meldet die eigenen allenfalls im einstelligen Bereich; die Aufständischen nennen wesentlich höhere Zahlen für die Toten der Gegenseite. Umgekehrt ist es genauso. Was stimmt? Wieder hilft die Erfahrung. Wie oft schon hat Kiew den Tod Dutzender oder Hunderter Aufständischer gemeldet, während deren Gesamtstärke mit wenigen tausend angegeben wird? Kann, wenn diese Zahlen stimmen, von den bewaffneten Einheiten der »Volksrepubliken« Donezk und Lugansk überhaupt noch etwas übrig sein? Da es aber offensichtlich so ist, daß die Aufständischen nach wie vor kämpfen, dürften die Kiewer Zahlen über die Verluste des Gegners übertrieben sein – ohne daß deswegen die der Aufständischen stimmen müssen.

Wieder hilft ein gutes Gedächtnis: Hatte nicht Kiew vor Wochen erklärt, zwei Brigaden seiner Armee rollten mit 5000 Mann den südlichen Rand des Aufstandsgebietes auf? Später wurden diese Brigaden von Aufständischen eingekesselt und tagelang mit Artillerie beschossen.Anfang August machten die ukrainischen Medien mit der Schlagzeile auf: 1000 Soldaten aus dem »Südkessel« ausgebrochen, Riesenerfolg. Wo aber sind die übrigen geblieben? Gefallen, gefangen, desertiert? Immerhin gewinnen auf dieser Grundlage die Meldungen der Aufständischen über vierstellige Verluste der Regierungstruppen an Plausibilität. Mehr nicht. Aber doch ist es ein Anhaltspunkt für die Einschätzung künftiger Verlustmeldungen.

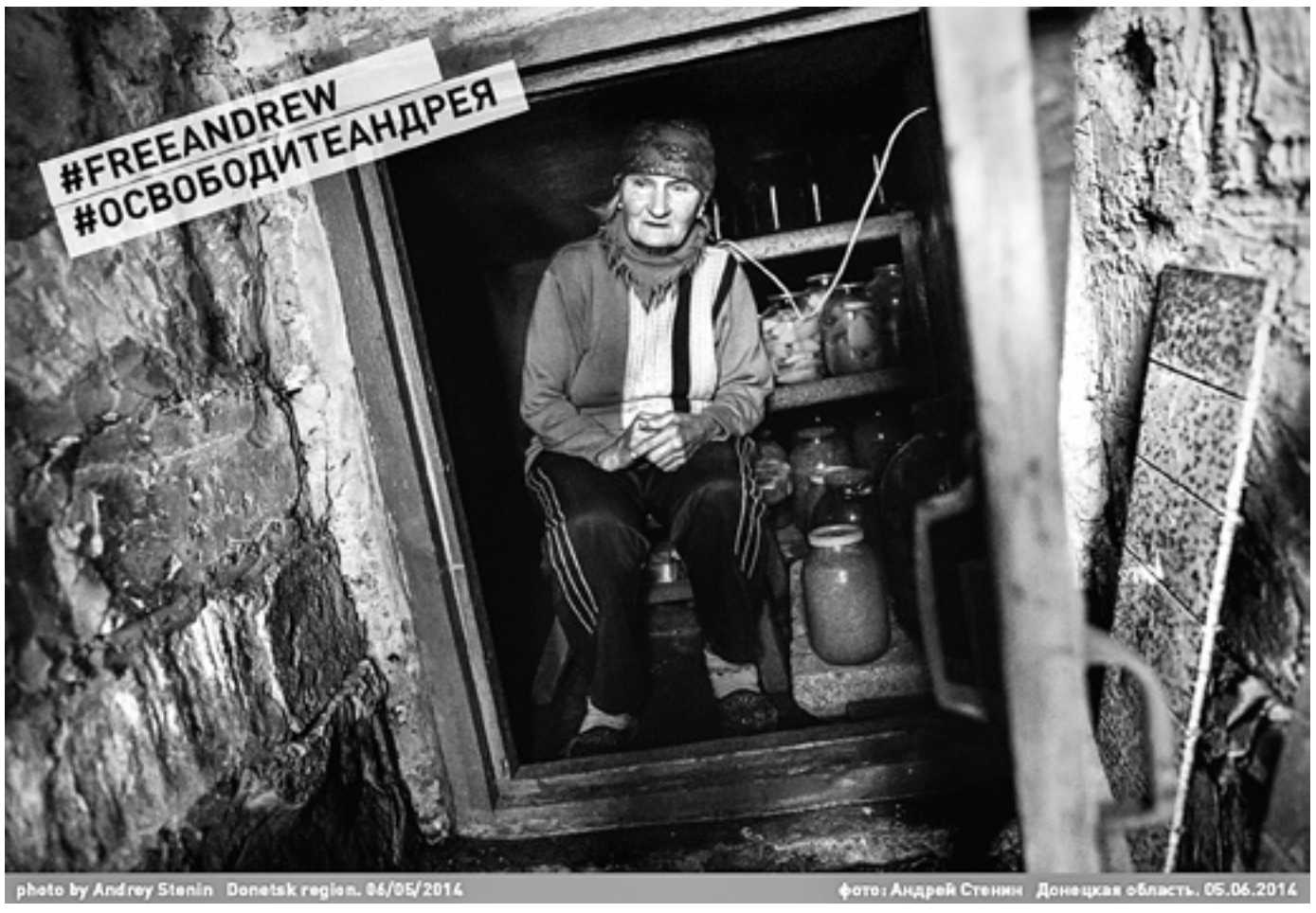


photo by Andrey Stenin Donetsk region. 06/05/2014 фото: Андрей Стенин Донецкая область. 05.06.2014

Beschuß von zivilen Zielen, ein weiteres Thema. Jede Seite beschuldigt die andere. Den Granattrichtern in Donezker Wohnvierteln sieht man nicht an, wer die Geschosse abfeuerte. Die Kiewer Seite sagt: die Rebellen beschießen ihr eigenes Hinterland, um die Verluste in der Bevölkerung uns in die Schuhe zu schieben. Ethische Fragen einmal beiseite gelassen: Würde ein Kommandeur einer der Volksrepubliken, der bei Sinnen ist, anordnen, die Strom- oder Wasserversorgung des eigenen Hinterlands lahmzulegen? Eher nicht. Also: diese Meldungen sind wohl erdacht. Für solche Behauptungen braucht es stärkere Beweise als die Facebook-Einträge von Kiewer »Militärexperten« unter Berufung auf den »Stab der Antiterroroperation«. Werden »Belege« nachgeschoben, wie etwa Aussagen von Bewohnern der lange von Aufständischen besetzten Stadt Slawjansk, ist zu fragen: Haben diese Einheimischen sich frei äußern können? Wurden sie unter Druck gesetzt? Wie ist die Lebenssituation in einer Stadt, in der der ukrainische Nationalistenführer Oleg Ljaschko Bilder davon ins Netz stellt, wie er Männer im Rentenalter, denen man Säcke über den Kopf gestülpt hat, verhört und ihnen unter Beschimpfungen (»Bastard«, »Stück Scheiße«) androht, sie für den Rest ihres Lebens ins Gefängnis zu bringen?

Aus demselben Grund zitiere ich normalerweise nicht aus den zahlreichen Videoaufnahmen »reuiger« ukrainischer Soldaten, die die Aufständischen inzwischen auf ihren Webseiten posten. Weiß ich, unter welchen Bedingungen die Aussagen entstanden sind? Vor einigen Tagen präsentierten die Aufständischen einen angeblichen ukrainischen Artilleriebeobachter, der sich – so die Darstellung – in Donezk eingeschlichen und von dort das Feuer seiner Kameraden auf die Stadt geleitet habe. Es gab zwei Videos mit ihm: Eins von einem Gang durch ein zerschossenes Viertel in Begleitung zweier Aufständischer mit Gewehren im Anschlag, während dessen Bauarbeiter und Passanten dem Mann ohne besondere Emotionen zuriefen: »Warum bist du hierher gekommen? Leb in deiner Ukraine, wie du willst, und laß uns hier in Ruhe!« Das wirkte nicht gestellt, desto mehr dafür das zweite Video: Es enthielt einen Aufruf des »reumütigen« Soldaten an die Kiewer Regierung, den Angriff auf das eigene Volk zu beenden. Der 30 Sekunden lange Text wirkte auswendiggelernt und wurde nuschelig vorgetragen, ohne direkten Blick in die Kamera. Das Gesicht des Mannes sah aus, als wäre er heftig verprügelt worden. Von wem? Stimmt die Aussage des redaktionellen Begleittextes, wütende Bewohner – die im anderen Video gezeigten Passanten wirkten überhaupt nicht aggressiv – hätten den feindlichen Soldaten vor seiner Gefangennahme um ein Haar gelyncht? Oder war hier jemand »aussagebereit« gemacht worden? Ganz abgesehen davon, daß die Genfer Konvention zum Umgang mit Kriegsgefangenen von 1949 unter anderem auch verbietet, diese zu erniedrigen oder »zur Schau zu stellen«. Um Bert Brecht zu zitieren: auch der Haß gegen die Niedrigkeit verzerrt die Züge.

ANZEIGE

Freidenker
Deutscher Freidenker-Verband

Öffentliche Wissenschaftliche Konferenz:

1914/2014: Der „Westen“ und Russland

Internationale Lage und geopolitische Spannungen – vor Beginn des 1. Weltkriegs bis heute

Vorträge und Diskussion:

- **Entstehung und Urheber der Konflikte in der Ukraine**
  Wilfried Handwerk, Berlin/Kiew, Deutscher Freidenker-Verband Berlin
- **NATO und EU: Östliche Partnerschaft oder Ostexpansion?**
  Prof. Dr. Anton Latzo, Potsdam, Historiker
- **Strategien: Internationale Lage und die Außenpolitik Russlands**
  Dr. Viktor Ivanovich Kamyschanov, Moskau, Präsident der Föderation für Frieden und Verständigung der Russischen Föderation
- **Wird die NATO einen Krieg gegen Russland wagen?**
  Karl-Heinz Wendt, Berlin, Bundesvorsitzender der Gesellschaft zum Schutz von Bürgerrecht und Menschenwürde
- **Russlandfeldzug – imperialistische Kontinuitäten**
  Dr. Hans-Günter Szalkiewicz, Berlin, Beiratsmitglied des Deutschen Freidenker-Verbandes
- **Feindbild-Produktion: Russland und Putin in den westlichen Medien**
  Dr. Sabine Schiffer, Berlin/Erlangen, Leiterin des Instituts für Medienverantwortung
- **Russland – „imperialistisches Land“ oder Widerpart des Imperialismus?**
  Klaus Hartmann, Offenbach am Main, Bundesvorsitzender des Deutschen Freidenker-Verbandes

Sonnabend, 6. September 2014, 10.30–17 Uhr, Rathaus Pankow, Ratssaal, Breite Straße 24 A–26, 13187 Berlin

Deutscher Freidenker-Verband, Verbandsvorstand + LV Berlin - www.freidenker.de

in Zusammenarbeit mit: Ostdeutsches Kuratorium von Verbänden (OKV) e.V., Gesellschaft zum Schutz von Bürgerrecht und Menschenwürde (GBM) e.V., Gesellschaft zur rechtlichen und humanitären Unterstützung (GRH) e.V., Arbeiterfotografie – Forum für Engagierte Fotografie, Bündnis für soziale Gerechtigkeit und Menschenwürde (BüSGM) e.V.

Was darf man glauben?

Eine kleine Quellenkunde zum Ukraine-Konflikt: Die Suche nach verläßlichen Fakten.

Von Reinhard Lauterbach

Authentische Informationen zum ukrainischen Bürgerkrieg sind schwer zu finden. In Konflikten wie diesem tendieren Medien dazu, Partei zu ergreifen und Unliebsames auszublenden, wenn sie nicht sowieso zumindest auch Propagandazwecke verfolgen. Aus diesem Grund hat das Image der einst legendären *BBC* (*www.bbc.com*) stark gelitten. Trotzdem scheint die Seite nach wie vor auch deutschen »Premiumprodukten« wie dem *Deutschlandfunk* (*www.deutschlandfunk.de*) überlegen zu sein. Von den deutschen Printmedien ist nach meiner Einschätzung die *FAZ* (*www.faz.net*) am zuverlässigsten, vor allem weil sie mit Konrad Schuller einen redlichen Korrespondenten für diese Region hat. Zur Verwicklung Deutschlands in den Konflikt und zur deutschen Rolle in Osteuropa finden sich viele Informationen auf www.german-foreign-policy.com

An Printmedien des westlichen Auslands ist auf die *New York Times* (*www.nytimes.com*) als materialreiche und auf den britischen *Guardian* (*www.theguardian.com/uk*) als eine Quelle hinzuweisen, die sich in der Vergangenheit um eine seriöse Berichterstattung zum Ukraine-Konflikt bemüht hat.

Wesentlich umfassender als in den deutschen Medien ist die Ukraine-Berichterstattung in Polen. Polens Öffentlichkeit nimmt die Ukraine als unmittelbaren Nachbarn wahr, die Presse ist allerdings a priori antirussisch eingestellt. Zu nennen sind: die Tageszeitung *Gazeta Wyborcza* (*www.wyborcza.pl*) und ihr populäreres Schwesterportal *www.gazeta.pl*, sowie die *Rzeczpospolita* (*www.rp.pl*), jeweils Suchwort »Ukraina«. Die Wyborcza reagiert auf Ereignisse schneller, allerdings auch emotionaler und tendenziöser; die *Rzeczpospolita* ist in der Tendenz sehr konservativ, allerdings deutlich seriöser. Sie veröffentlicht auch kontroverse Analysen und Meinungsbeiträge, die dem antirussischen Mainstream nicht immer entsprechen. Interessante Analysen, etwa zur militärischen Lage, finden sich gelegentlich auf der Seite des Infofernsehsenders *TVN24* (*www.tvn24.pl*). Die Seite des polnischen Zentrums für Oststudien (www.osw.waw.pl) bringt mit der Zielgruppe Politikberatung Analysen, die für Nutzer mit vertieftem Interesse nützlich sein können (teilweise auch auf Englisch). Auf ähnlichem Niveau sind in Deutschland die Seiten der Stiftung Wissenschaft und Politik (www.swp-berlin.org) und die der sonstigen politischen Stiftungen (www.fes.de, www.kas.de, www.rosalux.de usw.) gehalten. Wer den US-Standpunkt mit wissenschaftlichem Niveau vertreten sehen möchte, findet auf www.foreignpolicy.com das Erforderliche.

In der Ukraine gibt es nur wenige landesweit verbreitete Printmedien. Eine Übersicht mit weiteren Links findet sich unter http://en.wikipedia.org/wiki/List_of_newspapers_in_Ukraine. Die meisten haben ukrainisch- und russischsprachige Seiten, manche auch englische, allerdings mit reduziertem redaktionellem Angebot. Die im westlichen Sinne professionellen Blätter sind allesamt US-amerikanische Gründungen: die englischsprachige *Kyiv Post* (*www.kyivpost.com*) und die mit der deutschen *Zeit* vergleichbare Wochenzeitung *Zerkalo Nedeli/Dzerkalo Tyzhnja* (*http://zn.ua*) mit guten Kontakten in die Kiewer Eliten. Ihr populäres Gegenstück ist das seit 2000 bestehende Onlineportal *Ukrainskaja prawda* (*www.pravda.com.ua*), das ebenfalls mit US-Dollars ins Leben gerufen wurde. Das Portal bietet eine Mischung aus aktuellem Agenturjournalismus, Hintergrund- und Meinungsbeiträgen; seine Position läßt sich zum gegenwärtigen Zeitpunkt als kritische Solidarität mit der Kiewer Junta beschreiben wobei das kritische Element der Solidarität allerdings eher eine Kritik von rechts ist, von der Seite der Maidan-Aktivisten.

Tochtergründungen russischer Medienunternehmen sind die *Komsomolskaja Prawda w Ukraine* (*http://kp.ua*) und die *Izvestija w Ukraine* (*http://izvestia.kiev.ua*). Die wichtigsten Nachrichtenagenturen sind *Interfax Ukraina* (*http://interfax.com.ua*) und *Unian* (*http://www.unian.net*), wobei letztere gegenüber der Kiewer Regierung offiziös ist. Positiv im ukrainischen und russischen Onlinejournalismus ist, daß in der Regel Links als Quellenangaben mit angegeben werden, so daß man auf die zugrundeliegenden Meldungen anderer Medien durchklicken kann.

Regionaler ist der Zugriff des Portals *Vesti* (*http://vesti.ua/kiev*), das auch Unterseiten für die wichtigsten Städte des Landes hat. Hilfreich ist das in Odessa angesiedelte Portal *http://timer.od.ua*, es ist bemüht, eine ausgewogene Position zwischen der Kiewer und der Seite der Aufständischen zu finden. Ein weiteres – im übrigen auch mit Geld des amerikanischen »National Endowment for Democracy« aufgebautes – Netz von Lokalmedien identifiziert sich über die Telefonvorwahl der jeweiligen Region, z. B. *http://www.0642.ua* für Lugansk.

Auf seiten der Aufständischen gibt es mehr oder minder offizielle Informationsportale der »Volksrepubliken«, etwa für Donezk *http://dnrespublika.info* und *http://dnr.today*. Die Seiten sind nicht gefeit davor, Meldungen bis zur Grenze der Unglaubwürdigkeit zu überspitzen. Derselbe Vorbehalt gilt für die Seite *www.novorus.info*, die überdies auch aus technischer Sicht bedenklich ist, da die Beiträge nach Mitteilung der Firewall des Autors Trojaner übertragen. Mit dem Slogan »nur überprüfte Informationen« wirbt das professionell gestaltete Portal *http://rusvesna.su*. Es informiert nicht nur über die wichtigsten Ereignisse an der Front aus der Sicht der Aufständischen, sondern hat auch einen ausführlichen Debattenteil, in dem aus russisch-patriotischer und konservativer Sicht kommentiert wird. Die Autoren sitzen offensichtlich zu einem guten Teil in Moskau.

Die offiziellen russischen Medien nehmen eine Position zwischen den ukrainischen und denen der Aufständischen ein. Laufende Informationen finden sich etwa bei *RIA Nowosti* auf *http://ria.ru* mit Newstickerdiensten, die die Ereignisse im Donbass laufend wiedergeben. Es gibt auch einen deutschsprachigen Dienst dieser staatlichen Agentur unter *http://de.ria.ru*. Für ihn gilt allerdings die allgemeine Regel, daß in Konflikten wie dem ukrainischen die Informationen für ein lokales Publikum als zuverlässiger gelten können als die stärker gefilterten für ein internationales. Während *RIA-Nowosti* ebenso wie die Konkurrenten Interfax (*http://www.interfax.ru*) und *ITAR-TASS* (*http://itar-tass.com*) sehr auf der nachrichtlichen Ebene bleiben, sind Dienste wie *www.lenta.ru* analytischer angelegt – in kritischer Solidarität zu Putin. Das Portal *http://www.regnum.ru* bringt Nachrichten und Analysen vom Standpunkt russischer Geopolitik. Autoren der russischen Linken kommentieren und analysieren die Situation etwa auf *www.rabkor.ru*.

Schier unübersehbar ist das Angebot weiterer Informationen aus der Welt der Blogs. Wer sich für ein Thema interessiert, wird in der Regel schnell fündig. Neben dem Onlinejournal *www.heise.de* ist etwa der Blog *http://hinter-der-fichte.blogspot.de* erwähnenswert. International kann auf *www.globalresearch.ca* verwiesen werden. Generell sind hier Quellenangaben gelinkt, so daß sich interessierte Leser schnell zurechtfinden werden.

ANZEIGE

Jacques Tardi: Drei eindringliche Graphic-Novels zu den beiden Weltkriegen!

Propagandakrieg um Gaza

Israels Medien übernehmen Regierungspropaganda – freiwillig. Und Al-Dschasira wird von Katar gesteuert.

Von Gerrit Hoekman

Gerrit Hoekman hat u.a. in Damaskus Arabistik studiert und mehrere Publikationen zum Nahostkonflikt veröffentlicht. Er lebt als freier Journalist und ständiger *jW*-Mitarbeiter in Münster.

Die Liste scheint unendlich, die der arabische Fernsehsender Al-Dschasira auf seine Homepage gestellt hat. Wieder und wieder muß der Besucher scrollen, bis er das Ende erreicht. 1889 Namen stehen dort untereinander. Letztes Update: 12. August.

Ahmad Mahdi, 16 Jahre alt, ist der erste in der langen Reihe. Der letzte ist Hadar Goldin, 23, ein israelischer Soldat. Viele Kinder sind darunter, Babys wie Midaa Aslaan, die nur einen Monat alt wurde. Oft steht auch »unidentified« anstelle eines Namens. Alle auf der Liste teilen ein schreckliches Schicksal: umgekommen im Gaza-Krieg.

Unter den Opfern sind auch mehr als ein Dutzend Journalisten. Erst unlängst kamen zwei Kollegen aus Italien und Palästina um, als ein Blindgänger in Gaza explodierte – zu einem Zeitpunkt, als die Waffen gerade schwiegen und Hamas und Israel in Kairo über ein Ende der Gewalt verhandelten. Der erste tote Reporter war Chaled Hamad, ein palästinensischer Kameramann. Eine Kugel tötete ihn, obwohl er einen Helm und eine kugelsichere Weste trug mit der international üblichen Aufschrift »PRESS«.

»Wir fordern die Konfliktparteien umgehend dazu auf, die Sicherheit von Medienvertretern zu garantieren und Rücksicht auf Journalisten zu nehmen«, reagierte die Organisation »Reporter ohne Grenzen« umgehend in einer Presseerklärung. »Gerade in der jetzigen Situation ist es wichtig, daß Journalisten unabhängig berichten können.« Die Resolution 1738 des UN-Sicherheitsrates besagt: Die Konfliktparteien müssen den Schutz von Journalisten gewährleisten. Das sieht Tel Aviv in einer über *Reuters* verbreiteten Erklärung anders: »Israel ist in keiner Weise verantwortlich für Verletzungen oder Schäden als Resultat von Kriegsberichten.« Gaza sei Kriegsgebiet, Journalisten, die über die Kämpfe berichten wollten, würden sich quasi berufsbedingt in Lebensgefahr begeben.

Auf die eigenen Medien kann sich jede israelische Regierung im Kriegsfall verlassen. Sobald die ersten Kugeln fliegen, unterwerfen sich Presse und Fernsehen einer mehr oder weniger freiwilligen Zensur. Nur noch das findet den Weg in die Öffentlichkeit, was der Armee nicht schadet. Es ist die Zeit der Militäranalysten. Im Fernsehen wird vor allem über Strategie und Taktik diskutiert, selten über die Opfer, die der israelische Angriff auf Gaza fordert. Eine positive Ausnahme ist die israelische Tageszeitung *Haaretz*.

Kein Wunder, daß besonders der Fernsehsender Al-Dschasira der israelischen Regierung ein Dorn im Auge ist. Rund um die Uhr und meistens live berichten die Reporter direkt vom Ort des Geschehens. Schonungslos und ungepixelt zeigen sie überwiegend live wie der Krieg in Gaza wirklich ist. Tote, Schwerverletzte, Verzweifelte – die Kameraleute von Al-Dschasira haben den Finger immer am Zoom. Die Bilder sind so grausam, daß sie für das englische Programm des Senders zu brutal sind. Das zart besaitete Europa bekommt im Fernsehen eine weichgespülte Version des Gemetzels zu sehen.

Am 21. Juli nannte der israelische Außenminister und radikale Rechtsausleger Avigdor Lieberman Al-Dschasira »einen zentralen Pfeiler des Propaganda-Apparates der Hamas«, der den Terrorismus fördere und deshalb in Israel verboten gehöre. Nur einen Tag später setzten

Schüsse das Studio im elften Stock eines Bürogebäudes in Gaza für ein paar Tage außer Betrieb. »Es waren zwei sehr präzise Schüsse«, sagte eine Mitarbeiterin der britischen Tageszeitung *The Guardian*. Das Gebäude mußte evakuiert werden, das Programm wurde vorübergehend aus der Zentrale in Katar moderiert. Al-Dschasira nahm die Berichterstattung jedoch schnell an alter Stelle in Gaza und in vollem Umfang wieder auf. Kurz vorher war bereits der Al-Jawhara Media Tower in Gaza aus der Luft beschossen worden, wo sich zu dem Zeitpunkt rund 50 Journalisten aufgehalten haben sollen.

Der Vorwurf, Al-Dschasira unterstütze medial vor allem islamistische Kräfte in der arabischen Welt, ist nicht neu. In Ägypten sind mehrere Mitarbeiter des Senders erst vor kurzem zu langjährigen Haftstrafen verurteilt worden, weil sie angeblich mit den Muslimbrüdern kollaboriert hatten. Der Verdacht ist jedoch nicht von der Hand zu weisen, denn Al-Dschasira bekommt sein Geld vom Königshaus in Katar, das auch viele islamistische Organisationen in der Region finanziell unterstützt. Unter anderem steht wohl die radikale Nusra-Front in Syrien auf der Lohnliste der Kataris.

Seitdem sich die Hamas in Syrien auf die Seite der Rebellen gegen Baschar Al-Assad gestellt hat, haben die alten Finanziers – Syrien und Iran – ihre Unterstützung eingestellt. Katar schließt nun, so heißt es, die Haushaltslücke dieser islamistischen Befreiungsbewegung. Auch wenn sich Al-Dschasira bei den meisten Themen sichtlich bemüht, den internationalen Medienstandards gerecht zu werden, muß sich die Berichterstattung des Senders dem Primat der katarischen Innen- und Außenpolitik unterwerfen. Kritik am Herrscherhaus ist bei Al-Dschasira ein Tabu. Mehrere Journalisten haben deshalb schon gekündigt.

Wie objektiv die Medien aus Gaza berichten, ist schwer einzuschätzen. Zwar sind die Journalisten von Berufs wegen zur Ausgewogenheit verpflichtet, aber auch Reporter sind nur Menschen, die sich von den Ereignissen beeinflussen lassen, zumal wenn sie so grausam sind wie in Gaza. »Jeder Journalist, der behauptet, er beobachtet ohne Vorurteile, Gefühle oder Angst, ist ein Lügner«, glaubt der britische Journalist Christian Stephen.

Die Gefahr, als Berichterstatter für die eine oder andere Seite Partei zu ergreifen, ist in Kriegszeiten immer groß. Die Frage ist: Entsteht daraus ein Tunnelblick, mit dem der Journalist nur noch das sieht, was er sehen will und unterschlägt das, was nicht ins Weltbild paßt?

Es gibt einige ausländische Journalisten, die behaupten, die Hamas habe sie unter Druck gesetzt, um unliebsame Berichte zu verhindern. Paul Jörgensen vom norwegischen Sender *TV2* sagt, mehrere Kollegen seien deshalb ausgewiesen worden. Auch die Foreign Press Association hat den Umgang der Hamas mit internationalen Journalisten in einem Kommuniqué scharf kritisiert.

»Die Geschichte von Bedrängung von seiten der Hamas ist Unsinn«, twittert hingegen Jody Rodoren, Korrespondentin der *New York Times*. Andere berichten, sie hätten in ihrer Zeit in Gaza kein einziges Mal mit Hamas-Leuten zu tun gehabt. Von Journalisten werde Neutralität und Objektivität erwartet, schreibt der *ARD*-Korrespondent in Tel Aviv, Richard Chaim Schneider, in der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung*, aber das sei ein fast unerreichbares Ziel. »Nicht weil wir Partei ergreifen (…), sondern weil wir mit drei Hindernissen konfrontiert sind: die Macht der Bilder, die Propaganda von beiden Seiten, die vielen verschiedenen ›Wahrheiten‹, die der palästinensisch-israelische Konflikt beinhaltet, und nicht zuletzt die Erwartungen der Zuschauer daheim im sicheren Deutschland.«

ANZEIGE

Neu beim Offizin Verlag

Helmut Bley
Bebel und die Strategie der Kriegsverhütung 1904-1913
Eine Studie über Bebels Geheimkontakte mit der britischen Regierung und Edition der Dokumente.
Wissenschaftliche Übersetzung aus dem Englischen von Marlis Schleissner Beer.
Mit einem Vorwort von Gustav W. Heinemann.
2. erweiterte Aufl. mit aktuellem Nachwort,
ISBN 978-3-945447-01-7, 299 Seiten, 19,80 €, 29,70 sFr

Die breite Dokumentation wendet sich gegen die heutigen Versuche der Verharmlosung der Rolle des deutschen Militarismus und betont den Friedenskampf der Arbeiterbewegung.

Klaus Ahlheim
Ver-Störende Erinnerung
Wider die Renovierung der Erinnerungskultur. Ein Essay.
ISBN 978-3-945447-00-0, 72 Seiten, 6 €, 9 sFr

Der Autor wehrt sich gegen aktuelle Versuche, die Erinnerungskultur hierzulande zu »renovieren« und endgültig die »Schatten der Vergangenheit« los zu werden.

Offizin
Bödekerstraße 75 • 30161 Hannover
Tel. 0511 – 807 61 94 • Fax 0511 – 62 47 30
www.offizin-verlag.de • info@offizin-verlag.de

»Brauche kritischen Rückenwind«

Der *ZDF*-Fernsehrat bietet wenige Möglichkeiten, auf das Programm Einfluß zu nehmen. Zuschauer sollten sich zu Wort melden. **Ein Gespräch mit Gesine Lötzsch**

Aktuell mehrt sich die Kritik an der Berichterstattung der deutschen Medien in Sachen Ukraine-Konflikt. So wird das Gros der Redaktionen in Internetforen und Leserbriefen bezichtigt, den Konflikt nicht objektiv darzustellen. Wie bewerten Sie die bisherige Berichterstattung?

Sie war von vornherein auf ein simples Gut-und-Böse-Schema festgelegt. Darum wurde auch – glaube ich – über das Massaker von Odessa im Mai dieses Jahres so wenig berichtet. Viele Menschen sind gegenüber den Medien kritisch, weil sie sich noch an den Kalten Krieg erinnern.

Sie sitzen selbst im Fernsehrat des *ZDF*. Welche Aufgaben hat das Gremium konkret?

Er soll überwachen, ob die Angebote des *ZDF* mit den Richtlinien und den staatsvertraglichen Bestimmungen übereinstimmen. Insbesondere soll die Qualität kontrolliert werden. Der Fernsehrat soll seine Aufgaben stellvertretend für die Gesellschaft wahrnehmen und die in ihr bestehende Meinungsvielfalt zum Ausdruck bringen – so die Selbstdarstellung des *ZDF*. Unter den 77 Mitgliedern bin ich die einzige Vertreterin der Linken.

Im März 2014 hat das Bundesverfassungsgericht ein Urteil zur Zusammensetzung des Fernsehrats gefällt. Kurz zusammengefaßt: Er ist nicht ausreichend staatsfern. Bis spätestens zum 30. Juni 2015 müssen die Länder eine Neuregelung schaffen. Ob die Gesetzesänderung zu einer besseren Kontrolle des ZDF führen wird, ist fraglich.

Über welche Möglichkeiten verfügen Sie, im Fernsehrat Kritik an der bisherigen Ukraine-Berichterstattung zu üben?

Grundsätzlich habe ich drei Möglichkeiten, meine Position einzubringen. Zum einen während der Plenartagungen des Fernsehrats, die einmal im Quartal stattfinden. Zum anderen kann ich als Gast an den Ausschüssen teilnehmen. Gast bin ich, weil ich mich weder dem Freundeskreis Dr. Jung (CDU) noch dem Freundeskreis Dr. Bergmann (SPD) angeschlossen habe und beide alle Vorschläge zur Besetzung von Gremien unterbreiten.

Diese Freundeskreise wurden übrigens vom Bundesverfassungsgericht auch kritisch unter die Lupe genommen. Die dritte Möglichkeit – von der ich rege Gebrauch mache – ist die direkte Anfrage an den Intendanten. Dazu zum Thema Ukraine zwei Beispiele:

Im April habe ich nachgefragt, ob und wie das *ZDF* Informationen des Ukrainian Crisis Media Center (UCMC) nutze und diese gegenchecke. Das UCMC wird u. a. von George Soros und einer ukrainischen Tochtergesellschaft von Weber Shandwick, dem weltweit führenden PR-Unternehmen finanziert. Das UCMC hatte am 13. März sofort auf eine kritische Rede von Gregor Gysi im Bundestag reagiert und den Swoboda-Chef dazu Stellung nehmen lassen. Dessen Aussagen wurden dann unkritisch im Kommentar eines *ZDF*-Reporters zur Rede Gysis aufgegriffen. Der Intendant verwies in seiner Antwort darauf, daß alle großen Fernsehstationen die Pressekonferenzen des UCMC nutzen.

Beim zweiten Beispiel handelt es sich um eine sinnentstellende Übersetzung. Eine Frau, die unsympathisch wirken soll, schreit in die Kamera: »Geht weg von uns, laßt uns in Ruhe, ich will leben und meine Kinder in Frieden erziehen.« Als Übersetzung angegeben wurde: »Merk dir mein Gesicht, Poroschenko! Ich werde persönlich nach Kiew kommen und dich und deine Familie umbringen!«

Auf seiner Facebook-Seite bedauerte das *ZDF*, die richtige Übersetzung sei auf eine falsche Sequenz gesprochen worden, es handele sich um einen ärgerlichen Montagefehler. Schaut man sich die Richtigstellung des *ZDF* auf der Facebook-Seite an, fällt auf, daß es sich um eine – ich sage mal sehr freundlich – »erklärende Übersetzung« handelt. Der Name »Poroschenko« fällt in den Äußerungen der Frau gar nicht. In einer zusätzlichen schriftlichen *ZDF*-Erklärung zu der Übersetzung wird darauf hingewiesen, daß der ukrainische Präsident gemeint sei. Für eine Richtigstellung im heute-journal sah der Sender keinen Anlaß.

Auch wenn die Antworten des *ZDF* vage und wenig selbstkritisch sind, werden meine Fragen doch in Gremien und Redaktionen besprochen. Für wirklich gravierende Veränderungen braucht man allerdings – wie überall – einen langen Atem und viele Verbündete.

Was empfehlen Sie unzufriedenen Fernsehzuschauern?

Zweierlei: Zum einen sollten alle Möglichkeiten – insbesondere über das Internet – genutzt werden, um sich möglichst vielfältig zu informieren. Und zum anderen sollten die Zuschauer ihre Kritik direkt gegenüber den Sendern äußern, per Brief, per E-Mail, per Anruf – bis hin zur offiziellen Programmbeschwerde. Schließlich wird das Programm von uns allen bezahlt. Und ganz persönlich: Als einzige Vertreterin der Linken im Fernsehrat brauche ich dringend den kritischen Rückenwind.

Interview: Markus Bernhardt

ROBERT SCHLESINGER/DPA-BILDFUNK

Gesine Lötzsch ist Bundestagsabgeordnete der Linksfraktion, Vorsitzende des Haushaltsausschusses des Deutschen Bundestages und Mitglied des *ZDF*-Fernsehrates

ANZEIGE

WER SIND DIE GUTEN?

Was geht Deutschland die Ukraine an? Und wie kommt es, dass ein gescheitertes Abkommen mit der EU zu einer der gefährlichsten Krisen geführt hat, die Europa in den vergangenen Jahrzehnten erlebte? Alles Putins Schuld? Oder ist die Wahrheit hinter diesem Konflikt, der nun den Frieden eines ganzen Kontinents bedroht, doch komplexer? Und welche Rolle spielen eigentlich die Medien? Sind sie noch unabhängige Berichterstatter oder längst selbst zur Partei geworden?

Mathias Bröckers und **Paul Schreyer** schauen hinter die Kulissen eines politischen Spiels, das tödlicher Ernst zu werden droht.

WESTEND

Mathias Bröckers / Paul Schreyer: WIR SIND DIE GUTEN
Ansichten eines Putinverstehers oder wie uns die Medien manipulieren

ISBN 978-3-86489-080-2

ebook
Auch als eBook erhältlich.
www.westendverlag.de

Plädoyer für den Mut

Glenn Greenwald über Edward Snowdens Enthüllungen, die Gefahren durch Massenüberwachung und das Versagen der etablierten Presse. **Von Ulla Jelpke**

Der Jurist Glenn Greenwald gilt als einer der einflußreichsten politischen Kommentatoren in den USA. Im Dezember 2012 trat der Whistleblower und Mitarbeiter des US-Geheimdienstes NSA Edward Snowden unter Pseudonym per E-Mail an Greenwald heran. Snowden suchte den Kontakt mit dem bekannten Anwalt und Publizisten, damit dieser ihm bei der Veröffentlichung der streng geheimen Dokumente über die US-Massenüberwachungsprogrammen behilflich sei.

Doch fast wäre dieses Ansinnen gescheitert, da Greenwald zwar ein wortgewaltiger Verteidiger von Bürgerrechten ist, sich allerdings mit Verschlüsselungsprogrammen für den Datenaustausch am Computer nicht auskannte und sich beharrlich sträubte, diese zu installieren. Über Umwege kam der Kontakt dann trotzdem zustande, und im Juni veröffentlichte Greenwald die ersten NSA-Dokumente aus Snowdens Archiv, die sogleich wie eine Bombe einschlugen.

Jetzt hat Greenwald ein Buch über »Die globale Überwachung – Der Fall Snowden, die amerikanischen Geheimdienste und die Folgen« veröffentlicht. Spannend wie ein Krimi liest sich der erste Teil, in dem Greenwald seine Kontaktaufnahme mit Snowden, der sich in Hong Kong verborgen hielt, und die Vorbereitung der Enthüllungen schildert.

Im zweiten Teil des Buches dokumentiert Greenwald anhand zahlreicher erstmals publizierter Quellen aus Snowdens Archiv das ganze Ausmaß der Massenüberwachung in den USA. Somit wird belegt, daß die dem US-Verteidigungsministerium unterstehende National Security Agency NSA ohne begründeten Verdacht mit Wirtschaftsspionage, dem Ausspähen von Diplomaten und der Überwachung der Bevölkerung ganzer Länder ohne Verdachtsmomente befaßt ist. Deutlich wird, daß die US-Regierung – auch gestützt auf Partnerdienste ihrer Verbündeten – ein weltweites elektronischen System zur Abschaffung der Privatsphäre aufgebaut hat. Dabei gilt die vom Anfang 2014 abgelösten NSA-Chefs Vier-Sterne-General Keith B. Alexander, formulierte Maxime für alle Bereiche des Internets und aller anderen Kommunikationsmittel: »Alles sammeln«.

Mitte 2012 wurden so täglich 20 Milliarden Kommunikationsvorgänge weltweit durch die NSA bearbeitet. Greenwald zeigt auch auf, wie selbst vor dem Geheimdienstbereich das neoliberale Prinzip der Privatisierung nicht halt macht. 30 000 direkt bei der NSA angestellten Mitarbeitern stehen doppelt so viele bei privaten Unternehmen Beschäftigte gegenüber. Auch Snowden arbeitete offiziell als IT-Spezialist und Infrastrukturanalytiker für einen dieser NSA-Auftragsnehmer namens Booz Allen Hamilton auf Hawaii.

»Die amerikanische Regierung sieht, was der Rest der Welt tut und macht, während niemand Einblick in ihr eigenes Handeln bekommt«, schreibt Greenwald. »Es ist ein nicht zu überbietendes Ungleichgewicht, das die gefährlichste aller menschenlichen Möglichkeiten eröffnet: die Ausübung grenzenloser Macht ohne jede Transparenz oder Rechenschaftspflicht.«

Im vierten Kapitel setzt sich der Autor mit den Gefahren der Massenüberwachung als Mittel der Disziplinierung und Verhaltenskontrolle auseinander. Die Obama-Administration leitete demnach mehr strafrechtliche Ermittlungsverfahren gegen Geheimnisverräter ein, als alle vorherigen US-Regierungen zusammengenommen. Die Folge ist ein Klima der Angst zur Einschüchterung möglicher Whistleblower. Zu diesem Klima tragen auch die herrschenden Medien bei. So ist Greenwalds Buch nicht nur ein Plädoyer gegen Massenüberwachung sondern auch eine Abrechnung mit den US-Medien und ihrem Umgang mit Snowden und anderen Aufklärern.

Greenwald wirft den bekannten Flaggschiffen der US-Presse New York Times und Washington Post Feigheit und Servilität gegenüber der Regierung vor. So habe letztere im Jahr 2005 durch das Verschweigen derjenigen Länder, in denen sich geheime US-Gefängnisse befinden, zur Beibehaltung der Folter von Terrorverdächtigen beigetragen. In den USA habe sich die journalistische Unkultur herausgebildet, daß Reporter eindeutige und konkrete Aussagen vermeiden und noch so fragwürdige Behauptungen der Regierung für bare Münze nehmen. Anstatt Whistleblowern eine Plattform zu bieten, würden diese von den Kommentatoren führender Medien als unglaubwürdige Sonderlinge diskreditiert. Wikileaks Gründer Julian Assange, die Aufdeckerin von US-Kriegsverbrechen im Irak, Chelsea (Bradley) Manning, Edward Snowden und auch Greenwald selber wurden so von den Medien an den Pranger gestellt.

Greenwald konstatiert einen Wandel des Berufsbildes im Journalismus. Früher galten demnach Journalisten als Außenseiter schlechthin, die in der Regel im Widerspruch zu den Mächtigen standen, kein hohes gesellschaftliches Ansehen hatten und wenig verdienten. Mit dem Ankauf von Medienunternehmen durch große Konzerne wurden die Starjournalisten zu hochbezahlten Angestellten, die der Öffentlichkeit Medienerzeugnisse im Namen ihres Unternehmens verkauften, als handele es sich um Bankdienstleistungen und andere Finanzprodukte.

Die Identifikation dieser Medienstars mit den Herrschenden wird durch sozioökonomische Aspekte noch verstärkt – viele einflußreiche US-Journalisten sind inzwischen mehrfache Millionäre, die in denselben Stadtvierteln wie die Superreichen und Politiker leben. Ihre Kinder gehen auf dieselben Eliteschulen, man trifft sich bei gesellschaftlichen Events. »In kultureller, emotionaler und sozioökonomischer Hinsicht handelt es sich um ein und dieselbe Clique«, so Greenwald. In der Folge wechseln immer wieder führende Medienleute in die Politik. Zwei Journalisten des *Time Magazine* sitzen jetzt in Obamas Kabinett. Umgekehrt wechselten Obama-Berater als Kommentatoren zum Sender *MSNBC*.

Die vielgerühmte »Objektivität«, die ein Journalist nach landläufiger Meinung vorweisen müsse, sei nichts anders als ein Abbild vorgefaßter Meinungen und der Dienstbarkeit gegenüber den Interessen der Regierung, konstatiert Greenwald. Der entscheidende Unterschied bestehe daher nicht zwischen Journalisten, die eine Meinung vertreten, und solchen, die dies nicht tun, sondern zwischen denjenigen, die offen zu ihrer Meinung stehen und solchen, die ihre Meinung verbergen.

Greenwalds Buch ist auch ein Plädoyer für mutigen Journalismus, der aufdeckt und Position bezieht. »Man hat im großen und ganzen zwei Möglichkeiten – Anpassung an die institutionelle Autorität oder radikalen Widerspruch dagegen«, so der Autor. »Im Gegensatz zu der allgemein verbreiteten Annahme, radikaler Widerspruch sei Zeichen einer Persönlichkeitsstörung, könnte ebenso gut das Gegenteil wahr sein: Angesichts eines schwerwiegenden Unrechts ist die Weigerung, Einspruch zu erheben, Zeichen einer Charakterschwäche oder moralischen Versagens.« Als Mitherausgeber der Website *The Intercept*, die soeben wieder Enthüllungen eines weiteren Geheimdienst-Whistleblowers über US-Terrorlisten veröffentlichte, will Greenwald einen verantwortungsbewußten Journalismus umsetzen.

Ulla Jelpke ist innenpolitische Sprecherin der Linksfraktion im Deutschen Bundestag und seit Jahren ständige Mitarbeiterin der *jW*.

***medien & krieg* erscheint als Spezial der Tageszeitung *junge Welt* im Verlag 8. Mai GmbH. Redaktion: Peter Wolter (V.i.S.d.P.), Anzeigen: Silke Schubert, Gestaltung: *jW*.**

ANZEIGEN

Hinter jedem »Kollateralschaden« ist ein Menschenleben verborgen.

Gabriele Senft gibt den Opfern des NATO-Kriegsverbrechens in Varvarin Name und Gesicht.

TARGET.
Die Brücke von Varvarin
Dokumentation eines NATO-Kriegsverbrechens und seiner Folgen

224 S., 144 Schwarzweiß-Fotos
Klappenbroschur, 20 cm x 20 cm
ISBN 978-3-95514-901-7 **16,80 €**

Verlag Wiljo Heinen | www.gutes-lesen.de

DOSSIER

junge Welt

Pakt der Konzerne
Geheimsache Freihandelszone

www.jungewelt.de/freihandel